

Der aktuelle Fraktionsreport

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe 36 • Landtagssitzung 21. - 22. Oktober 2009

Kommunen in Not

Eine kreisangehörige Gemeinde im Vorpommerschen mit 1.241 Einwohnerinnen und Einwohnern muss im Jahr 2010 gegenüber diesem Jahr mit **54000 Euro weniger an Schlüsselzuweisungen** rechnen – bisherige zusätzliche Schlüsselzuweisungen für Haushaltskonsolidierung fallen ohnehin weg. Die Gemeinde verliert bei den eigenen Steuereinnahmen 29000 Euro. Das sind **insgesamt 83 000 Euro weniger** gegenüber diesem Jahr. Gleichzeitig steigen Amtsumlage und Kreisumlage um 94 000 Euro. Der Gemeinde verbleibt im nächsten Jahr nach Zahlung der Umlagen ein absoluter Betrag von sage und schreibe **50 000 Euro**. Davon muss sie allein für die Pflichtaufgaben wie die Schule 100 000 Euro, die Kitabetreuung 140 000 Euro, die Feuerwehr 20 000 Euro verausgaben – das ist **mehr als das Fünffache** von dem was diese Gemeinde überhaupt finanziell zur Verfügung hat. Wie bitte schön, soll das funktionieren? Diese Finanzlage zeigt, dass unsere Städte, Gemeinden und Kreise die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise – sprich die **drastischen Einnahmeeinbrüche** – **nicht aus eigener Kraft** bewältigen können. Sinkende Einnahmen, steigende Ausgaben und nur begrenzte Möglichkeiten der Kreditaufnahme – dass das nicht gut gehen kann, liegt auf der Hand. Gerade jetzt in Zeiten der Krise befinden sich die eigenen

Steuereinnahmen der Kommunen im Sinkflug. Gleichzeitig wachsen die Belastungen auf der Ausgabenseite. Vor allem die Ausgaben bei **sozialen Leistungen steigen** unaufhörlich. Die kreisfreien Städte und Landkreise müssen für die Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger geradestehen, über die Kreisumlagen auch alle anderen Gemeinden im kreisangehörigen Raum. In 2010 soll der Anteil des Bundes an diesen Kosten sinken. Das birgt erneuten Sprengstoff und ist einfach ein Skandal, weil die Kommunen wieder einmal als

Daseinsvorsorge gewährleistet und Lebensqualität sichert. Wenn aber letztlich das, was das Leben in den Kommunen lebenswert macht, dem Sparzwang geopfert wird, dann können wir jede Initiative gegen Abwanderung vergessen. Das Land schadet sich dabei immer selbst, denn die Zuweisungen des Bundes an das Land werden – wie Sie alle wissen – pro Einwohner gezahlt. Bleibt die Koalition von SPD und CDU bei Ihrer Politik gegenüber den Kommunen, dann wird aus der Wirtschafts- und Finanzkrise eine **verschärfte soziale und**



Lückenbüßer für eine **völlig verfehlte Bundespolitik** herhalten müssen. Die Kommunen geraten in größte Bedrängnis, sie geraten immer tiefer in die roten Zahlen, sie geraten in ein riesiges Finanzloch ohne Auffangnetz. Die **Kommunen** werden die **notwendigen Aufgaben nicht mehr erfüllen** können. Geschweige denn, dass Ausgaben für freiwillige Ausgaben, wie Sport, Kultur oder Senioren- und Jugendarbeit überhaupt noch leistbar sind. Aber die Menschen, die hier wohnen, erwarten zu Recht eine starke Kommune, die die

kulturelle Krise.

Den Kommunen muss in etwa die **gleiche Finanzmasse wie in diesem Jahr** auch in den Folgejahren zur Verfügung gestellt werden. Das sind ca. 1,3 Milliarden Euro. Nur so kommen die kommunalen Gebietskörperschaften durch die Krise, nur so bleiben sie leistungsfähig. Und deshalb darf eine Neuverschuldung zugunsten der Kommunalfinzen kein Tabu sein. Denn in der Konsequenz bedeutet die Absenkung der Finanzausgleichsmasse nur, die Neuverschuldung vom Land auf die Kommunen zu verlagern. **Helmut Holter**

Runter mit CO₂

Unser Antrag „**EG-Richtlinie 2009/33/EG umsetzen – Für eine nachhaltige Senkung verkehrsbedingter CO₂-Emissionen der Landesverwaltung und des Landtages**“ wurde zur Beratung in den Ausschuss **überwiesen**.

Wir fordern, dass für die öffentlichen Verwaltungen unverzüglich **saubere und energieeffiziente Straßenfahrzeuge** angeschafft werden. Die Richtlinie muss bis Ende 2010 umgesetzt werden, aber das Land sollte nicht länger zögern, denn Politik hat eine **Vorbildfunktion** beim **Klima- und Gesundheitsschutz**.

Birgit Schwebs

Sportförderung

Obwohl die Große Koalition nicht müde wird zu betonen, M-V zum kinderfreundlichsten Land entwickeln zu wollen, haben sie unseren Antrag „**Kinder- und Jugendsport durch öffentliche Beschäftigung unterstützen**“ **abgelehnt**.

Wir wollen, dass ein Projekt auf die Beine gestellt wird, mit dem Ziel, **Übungsleiter** bzw. Vereinsmanager im **Kinder- und Jugendbreitensport** zu fördern.

Dazu sollen in Zusammenarbeit mit dem Landessportbund und den Kreissportbünden im Rahmen eines **öffentlich geförderten Beschäftigungsprojekts** Personalstellen für Übungsleiter/Vereinsmanager – eine Stelle für je 300 Kinder und Jugendliche – für mindestens 3 Jahre geschaffen werden. Die Finanzierung könnte u.a. aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) erfolgen.

Regine Lück

Nachbarrecht

Mit der **Ablehnung** unseres Gesetzentwurfes für ein **Gesetz über das Nachbarrecht Mecklenburg-Vorpommern (Nachbarrechtsgesetz)** durch die Koalitionsfraktionen wurde die Chance vertan, das Nachbarrecht besser auszustatten und mehr Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Insbesondere die **praktischen Erfahrungen** der Schiedsleute und auch der Bauämter haben verdeutlicht, dass ein **einfaches, verständliches und nachvollziehbares Gesetz sinnvoll** wäre, das die Beziehungen benachbarter Grundstückseigentümer regelt, u.a. mit Regelungen zu Grenzabständen für Pflanzen sowie zu Einfriedungen

Barbara Borchardt

EU-Hilfen

Die Koalitionsfraktionen sehen keine Notwendigkeit, dass die Landesregierung ihre grundlegenden Positionen für die EU-Kohäsionspolitik von 2014 bis 2020 darlegt und haben unseren Antrag „**Position der Landesregierung zur EU-Kohäsionspolitik nach 2013**“ **abgelehnt**.

Die Diskussion über die Hilfen für die strukturelle Entwicklung benachteiligter Regionen ist in vollem Gange, und Wachstum und Beschäftigung in M-V müssen auch zukünftig gestärkt werden. So müssen aus unserer Sicht z.B. der ESF als Finanzierungsinstrument für **Arbeitsmarkt- und Qualifizierungs- sowie für Bildungspolitik** deutlich **gestärkt werden**.

Barbara Borchardt

Infos

Auf unseren Antrag kam die „**Unterrichtung durch die Landesregierung: Bericht zur Entwicklung der Medienlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern**“ auf die Tagesordnung, die beantragte „**Unterrichtung zu Rundfunkänderungsstaatsverträgen**“ wurde **abgelehnt**.

Kita-Fachkräfte sichern

Wir fordern die „**Einführung einer Landesbedarfsplanung für pädagogische Fachkräfte gemäß § 11 KiföG M-V zur Sicherung einer hohen Qualität in der Kindertagesbetreuung**“. Unser entsprechender Antrag wurde **abgelehnt**.

In den Kitas in M-V sind hoch motivierte und gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher tätig.

Sie werden aber künftig in ih-

rer Aufgabe überfordert sein, wenn es uns nicht gelingt, rechtzeitig **geeigneten Nachwuchs zu gewinnen**.

Im Interesse des Erhalts unseres guten Kita-Netztes halten wir es deshalb für erforderlich, auf Grundlage aktueller Kinder-Zahlen den Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern **landesweit zu planen und sicherzustellen**.

Dr. Marianne Linke

Kein Ausstieg aus Atom-Ausstieg!

Entgegen ihrer eigenen Überzeugung hat die SPD gemeinsam mit CDU und FDP unseren Antrag „**Am Ausstieg aus der Kernenergie festhalten**“ **abgelehnt**.

Dabei ist die Nutzung der Kernenergie mit **unkalkulierbaren Risiken** verbunden. Niemand weiß, wohin mit dem Müll. Deshalb müssen Landtag und Landesregierung Pläne, die **Laufzeit von Atomkraftwerken zu verlängern**, entschie-

den **ablehnen** und dies auch deutlich zum Ausdruck zu bringen. M-V hat mit den Energiewerken Nord Erfahrungen mit dem Rückbau von Kernkraftwerken, die bundesweit und darüber hinaus genutzt werden könnten. Die Energiepolitik des Landes muss auf den Ausbau erneuerbarer Energie gerichtet sein, auf Effizienzsteigerung und Einsparung.

Wolfgang Griese

Angriff auf kommunale Betriebe abwehren!

Die **Ablehnung** unseres **Dringlichkeitsantrages** „**Keine Streichung von Steuerbefreiungen für kommunale Unternehmen**“ durch die Koalitionsfraktionen ist **völlig unverständlich** und nach dem FAG-Desaster ein weiterer Schlag ins Gesicht der Kommunen.

Wir hatten beantragt, dass sich der Landtag gegen Pläne von CDU/CSU und FDP aussprechen soll, **kommunale Unternehmen künftig genauso zu besteuern wie private**. Wenn die Pläne realisiert werden, kommt es mit Sicherheit zu **erheblichen Mehrbelastungen** für die Bürgerinnen und Bürger, weil die Gebühren etwa für Abwasser und Müll massiv steigen werden.

Und obwohl die **SPD-Fraktion** noch **wenige Stunden davor** empört und **ablehnend** auf diese **schwarz-gelben Pläne**

reagiert hat, war sie **nicht bereit**, ein **deutliches Signal des Landtags** gegen dieses Vorhaben mit zu tragen. Der Verweis des Ministerpräsidenten auf die Interventionsmöglichkeit im Bundesrat ist scheinheilig und der Sache nicht dienlich. Eine deutliche Position gegen dieses Vorhaben wäre **zum jetzigen Zeitpunkt** dringend **erforderlich** gewesen.

Wir meinen: Der **geplante Angriff** der schwarz-gelben Koalition auf die **öffentliche Daseinsvorsorge** muss abgewehrt werden.

Kommunale Unternehmen, die ja nicht Gewinn orientiert sind, müssen auch künftig von der Umsatzsteuer befreit bleiben. Sie sind **Garanten gegen Lohndumping** und für **gute Qualität der Leistungen** für die Bürgerinnen und Bürger.

Helmut Holter

Kein Bombodrom

Auf Bitte der Bürgerinitiativen gegen den Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide haben wir unseren Antrag „**Nutzungsverzicht auf Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide muss Bestand haben**“ **zurückgezogen**.

Sie haben starkes Interesse an einem parteiübergreifenden Signal des Landtags, und die **CDU sah sich außerstande** unseren Antrag mit zu tragen. Das ist schade, denn die gemeinsame Willensbekundung von allen demokratischen Fraktionen hatte zum Ziel, CDU und FDP im Bund zu bewegen, die **zivile Nutzung der Heide** zum Grundsatz ihrer Politik zu erklären. Dieses Ziel kann im November nicht mehr erreicht werden, wenn hoffentlich ein gemeinsamer Antrag zustande kommt. Der **Bombodrom-Verzicht** muss **rechtsverbindlich** werden.

Peter Ritter

Kutter- und Küstenfischerei

SPD und CDU haben unseren Antrag „**Zukunft der Kutter- und Küstenfischerei in M-V**“ **abgelehnt**, mit der Begründung, sie hätten einen weitergehenden Antrag zum Thema. Damit werden jedoch lediglich kleine Pflaster auf große Wunden geklebt. Das ist noch lange kein Fischereikonzept.

Wir meinen, die Landesregierung muss sich **aktiv in die Erarbeitung** der Konzeption einer neuen **Gemeinsamen Fischereipolitik** (GFP) der EU einbringen.

Dazu ist ein Konzept für die **Sicherung der Zukunft** der Kutter- und Küstenfischerei des Landes auf der Grundlage der nachhaltigen Nutzung der Meeresressourcen in der Ostsee erforderlich.

Prof. Dr. Fritz Tack

Impressum: Der aktuelle Fraktionsreport wird herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE. im Landtag M-V; Tel. 0385/5252500; E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-mv.de; 22. Oktober 2009